

Ansprache von Romani Rose am 19. Dezember 2019 in der Gedenkstätte Sachsenhausen

- Bitte Sperrfrist bis Donnerstag, 19. Dezember 2019 10.30 Uhr beachten! –

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke,

sehr geehrter Herr Dr. Drecoll,

liebe Überlebende,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Himmlers Befehl vom 16. Dezember 1942, mit dem die familienweise Deportation unserer Menschen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau angeordnet wurde, jährt sich in diesem Jahr zum 77. Mal. Dieses Datum markiert wie kaum ein anderes den tiefen Einschnitt in der Geschichte unserer Minderheit und hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingebrannt.

Für uns Sinti und Roma ist dieses historische Datum untrennbar mit dem Verlust unserer Familienangehörigen verbunden. In der Folge von Himmlers Befehl wurden fast 23.000 Angehörige unserer Minderheit aus ganz Europa, darunter weit über 10.000 aus Deutschland, in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Die meisten von ihnen fielen dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden.

Das Netz der Konzentrationslager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit den ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über 500.000 Sinti und Roma, davon ein großer Teil Kinder und Jugendliche, fielen dem staatlich organisierten Holocaust zum Opfer. Sachsenhausen war Teil dieses umfassenden Verbrechens der Massenvernichtung. Hier waren mehr als 1000 Sinti und Roma inhaftiert.

Heute gedenken wir der Sinti und Roma, die Opfer der nationalsozialistischen Rassenideologie wurden. Dabei geht es heute, mehr als siebenzig Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, nicht darum, der heutigen Generation in Deutschland Schuld zu übertragen. Der Sinn des Erinnerns besteht vielmehr in der gelebten Verantwortung für die Gegenwart und für unseren demokratisch verfassten Rechtsstaat.

In vielen Ländern Europas aber auch in Deutschland propagieren demokratiefeindliche Parteien einen neuen Nationalismus, um mit ihrem völkischen Denken unsere Gesellschaft zu spalten und die so den inneren Frieden gefährden. Dieses völkische Denken schließt

direkt an die Vorstellungen der Nazis an, die mit der Vernichtung von Juden, von Sinti und Roma und mit dem System der Konzentrations- und Vernichtungslager endete.

Es erschreckt mich zutiefst, dass in Thüringen einzelne Landtagsabgeordnete der CDU und der stellvertretende Fraktionschef im Landtag, eine Koalition mit der AfD nicht ausschließen wollen.

Diese Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien ist eine Gefahr für unsere Demokratie als Ganzes– und für jene Werte, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in Europa in mühsamen Prozessen erkämpft wurden.

Um die Ängste von Menschen für ihre politischen Zwecke auszubeuten brauchen diese demokratiefeindlichen Kräfte Feindbilder. Dabei fällt Minderheiten stets die Rolle des Sündenbocks zu.

Dazu trägt auch die jetzt erneut bekannt gewordene Erfassung von Angehörigen unserer Minderheit in der Polizeilichen Statistik des Landes Berlin allein aufgrund der Abstammung bei. Hierzu hatte der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Zentralrat im Jahr 2017 erklärt, dass selbstverständlich die Staatsbürgerschaft eines jeden Bürgers nicht dadurch in Frage gestellt werden darf, indem die Abstammung zum Kriterium der polizeilichen Arbeit gemacht wird.

Dass diese Praktiken dennoch existieren, zeigt, dass es einen tiefsitzenden und akuten Antiziganismus auch in denen der Demokratie verpflichteten Institutionen unseres Landes gibt.

In gleicher Weise schüren einzelne Medien Ängste in der Bevölkerung, indem sie Minderheiten als Gefahr darstellen. Jüngstes Beispiel ist der von SAT 1 ausgestrahlte rassistische und antiziganistische Dokumentarfilm „Roma. Ein Volk zwischen Armut und Angeberei“.

Dieser Film ist ein Beispiel für die bewusste Diskriminierung und Kriminalisierung einer gesamten Minderheit allein durch Sprache und Bildauswahl und er lässt sich durchaus in die rassistische Tradition der einschlägigen Nazi-Propagandafilme stellen. Dieser Einschätzung hatte sich auch der Zentralrat der Juden in Deutschland in seiner Kritik an dem Film angeschlossen. Hier tragen die Medien eine besondere Verantwortung für die Wahrung unserer demokratischen Werte.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Rechtsrucks in Deutschland und Europa ist Ihr Kommen ein wichtiges politisches Signal. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie den Opfern unserer Minderheit und den letzten Überlebenden hier und heute die Ehre erweisen.

Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Vereinbarung mit unserem Landesverband für Berlin und Brandenburg im Oktober 2018 hat sich das Land Brandenburg zur politisch-historischen Verantwortung gegenüber den Angehörigen unserer Minderheit bekannt und die künftige Zusammenarbeit auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Damit wurde den seit über 600 Jahren in Brandenburg beheimateten deutschen Sinti und Roma die ihnen zustehende Anerkennung als gleichberechtigte Bürger zuteil.

Mit der Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung hat das Land bereits 2013 ein deutliches Signal gegen die Diskriminierung von Gruppen in der Bevölkerung, darunter auch den Sinti und Roma, gesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem demokratischen Rechtsstaat haben wir eine über 70-jährige Phase des inneren und äußeren Friedens in Europa zu verdanken. Diesen gilt es für die kommenden Generationen zu bewahren. Auch deshalb ist unser Gedenken an die Opfer des NS-Holocaust für uns dauernde Verpflichtung.

Der zunehmend gewaltbereite Antisemitismus wie der Antiziganismus, mit denen wir in Deutschland und in ganz Europa wieder konfrontiert sind, richten sich vordergründig gegen Minderheiten, im Kern aber auf die Zerstörung unserer Demokratie in Deutschland und in Europa. Die Erinnerung an die Verbrechen des Holocaust alleine reicht nicht aus, wir müssen in unserer Gesellschaft Verantwortung für die Gegenwart übernehmen.

Der Kampf gegen Antiziganismus, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Es liegt an uns, durch Aufklärung und stetiges Erinnern an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, des Naziterrors und des Holocaust die Vision eines einigen und friedlichen Europas mit Leben zu füllen.

Ich danke Ihnen.